

Protokoll

über die öffentliche Sitzung **des Ausschusses für Finanzen** am 11.11.2024 in
Ostrhauderfehn, **im Vereins- und Gemeindezentrum, Kirchstraße 221**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Günter Harders

Vorsitzende/r (Gruppe UWG/CDU)

Herr Lars Krummen

Mitglieder Gruppe SPD/Bolland

Frau Janneke Groote

Herr Klaus Pleis

Stellv. Mitglieder Gruppe SPD/Bolland

Herr Michael Erhardt

Vertretung für Herrn René Stratmann

Stellv. Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Dirk Gruben

Vertretung für Herrn Norbert Pieper

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Klaus de Boer

Herr Werner Thomßen

Grundmandat (Stellv.) Bündnis90/Die Grünen

Herr Dieter Ertwiens-Buchwald

Vertretung für Herrn Manfred Cybalski

Protokollführer/in

Herr Joachim Brink

Verwaltung

Frau Lydia de Boer

Herr Guido Meyer

Es fehlen:

Mitglieder Gruppe SPD/Bolland

Herr René Stratmann

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Herr Norbert Pieper

Grundmandat Bündnis90/Die Grünen

Herr Manfred Cybalski

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:07 Uhr

Öffentlicher Teil

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Krummen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen sind durch Ladung vom 29.10.2024 zur Sitzung einberufen worden.

zu 2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

zu 3. Genehmigung des Protokolls der letzten Ausschusssitzung

einstimmig beschlossen

Der Ausschuss für Finanzen genehmigt einstimmig das Protokoll der Sitzung am 16.11.2023.

zu 4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Bürgermeister Harders berichtet, dass die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport jetzt mitgeteilt habe, dass erforderliche Investitionen in kommunale Pflichtaufgaben (Schulen, Kindertagesstätten, Brandschutz, Straßen, Krankenhäuser usw.) durch die Kommunalaufsicht grundsätzlich genehmigt werden, auch wenn damit der Schuldendienst der Kommune steige und in der Folge ein Anstieg der Liquiditätskredite zu erwarten sei. Dieser "Freifahrtschein" werde den Kommunen aber letztlich das Genick brechen, wenn sie diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, weil sich die Schuldenspirale immer schneller drehen würde. Er befürchtet sogar, dass dieses der erste Schritt zur Abschaffung der Gemeinden sein könne.

Im Übrigen verweist er darauf, dass Frau de Boer im Rahmen der Vorstellung des Nachtragshaushalts 2024 und des Haushalts 2025 zu einigen Punkten ausführliche Informationen geben werde.

zu 5. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein Einwohner erkundigt sich danach, ob sich die Einwohnerzahl der Gemeinde Ostrhauderfehn durch den Zensus 2022 auch so stark nach unten entwickelt habe, wie von einigen Kommunen zu lesen war.

Bürgermeister Harders erklärt, dass die ermittelte Zahl geringfügig nach unten korrigiert worden sei, jedoch nicht so stark wie bei vielen anderen Kommunen.

Auf weitere Nachfrage nach den finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde erläutert Bürgermeister Harders, dass für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen neben der Einwohnerzahl auch andere Größen eine Rolle spielen, die jedoch zurzeit nicht vorliegen. Daher könne zu den finanziellen Auswirkungen momentan keine Aussage getroffen werden.

Die Frage, ob die Gemeinde Widerspruch gegen die Festsetzung der Einwohnerzahl einlegen wolle, beantwortet Frau de Boer mit nein. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund unterstütze jedoch andere Gemeinden bei der Klage und prüfe derzeit, ob eine Sammelklage eingereicht werden solle.

zu 6. 2. Änderung der Haushaltssatzung 2024 und 1. Nachtragshaushaltsplan 2024 Vorlage: BV/147/2024

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2024 mit Nachtragshaushaltsplan 2024 wurde den Ausschussmitgliedern mit der Ladung zugesandt.

Frau de Boer verliest die 2. Nachtragshaushaltssatzung. Sie erläutert die Veränderungen bei den Aufwendungen und Erträgen ausführlich.

Auf der Ertragsseite konnten Steigerungen bei den Steuereinnahmen sowie bei Zuweisungen verzeichnet werden. Diese würden sich jedoch negativ auf des Jahr 2025 auswirken, weil dann die Schlüsselzuweisungen aufgrund der hohen Steuerkraft geringer ausfallen würden. Auf der Aufwandseite führten insbesondere die Einrichtung einer zusätzlichen Kindergartengruppe zu Mehrausgaben.

Bei den Investitionen hat es Veränderungen gegeben, die insbesondere auf Verschiebungen von Baumaßnahmen oder Beschaffungen in andere Jahre zurückgeführt werden können.

Frau de Boer führt die sich ändernden investiven Ansätze im Einzelnen auf und erläutert den Grund für die Veränderungen.

Insgesamt müsse davon ausgegangen werden, dass sich der finanzielle Spielraum der Gemeinde in den Folgejahren noch weiter reduzieren werde.

Der Landkreis Leer habe bereits signalisiert, dass diese Nachtragshaushaltssatzung 2024 und der Nachtragshaushaltsplan 2024 genehmigungsfähig seien.

einstimmig empfohlen

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt einstimmig den Beschluss über die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2024 und dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2024.

zu 7. Haushalt 2025
Vorlage: BV/148/2024

Die Ausschussmitglieder haben die Haushaltssatzung 2025 und den Haushaltsplan 2025 mit der Ladung erhalten.

Frau de Boer verliest die Haushaltssatzung 2025.

Sie weist darauf hin, dass in § 5 der Satzung die Steuerhebesätze für die Grundsteuer noch offen seien. Das hänge mit der Grundsteuerreform zusammen. Die Gemeinde dürfe aus der Reform keine Gewinne generieren. Daher müsse die jetzt eingenommene Grundsteuer auch im Haushaltsjahr 2025 angesetzt werden. Daraus müsse bei Kenntnis der Summe aller Einheitswerte dann der Hebesatz errechnet werden. Die Berechnungsgrundlagen lägen aber noch nicht vor. Sie geht davon aus, dass die Angaben kurzfristig zur Verfügung gestellt werden und die Hebesätze spätestens bis zur Ratssitzung feststehen.

In der Erwartung stelle sich der Haushaltsplan 2025 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich schlechter dar. Es werde mit einem Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen gerechnet. Außerdem sei davon auszugehen, dass die Schlüsselzuweisungen sinken. Daher werde im Ertragshaushalt etwa 1,43 Mio. Euro weniger erwartet als in 2024. Die Aufwendungen würden dagegen insbesondere wegen gestiegener Personalkosten aufgrund des Tarifabschlusses sowie zusätzlichen Personals in den Kindertagesstätten steigen.

Im Ertragshaushalt ergebe sich ein Defizit von 3.819.300 Euro. Der Finanzhaushalt schließe im Bereich der Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit mit einem negativen Saldo von 2.755.900 Euro ab. Damit könne die Tilgung von Krediten nicht mehr erwirtschaftet werden.

Frau de Boer erläutert weiterhin, dass die Kinderbetreuung eines der größten Ausgabeposten darstelle.

Sie stellt außerdem dar, dass die Gemeinde im investiven Bereich sowie an Aufwand nur noch geringe freiwillige Leistungen ausgewiesen habe.

Sie führt die geplanten Unterhaltungsmaßnahmen sowie die geplanten Investitionen auf und erläutert diese ausführlich.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Gruben nach dem geplanten Erweiterungsbau bei dem Feuerwehrhaus in Langholt stellt Bürgermeister Harders drei mögliche Varianten vor:

1. Aufstellen einer Fertigbetongarage
2. Kleinerer Anbau nur vor der Werkstatt/dem Lager
3. Größerer Anbau vor der Fahrzeughalle und der Werkstatt/dem Lager.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Pleis zu den Zuschüssen für den Bau eines Wasserspielplatzes am Idasee erläutert Frau de Boer, dass der Leader-Zuschuss i. H. v. 200.000 Euro bereits bewilligt sei. Ein weiterer Zuschuss für finanzschwache Gemeinden für eine Aufstockung bis auf 90% der Investitionskosten sei beantragt. Die Entscheidung über die Bewilligung werde jetzt kurzfristig fallen.

Ratsmitglied Pleis fragt weiterhin nach dem Verfahren für den Fall, dass die zur Ermittlung der Hebesätze für die Grundsteuer erforderlichen Angaben bis zur Ratssitzung nicht

vorliegen. Frau de Boer erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt dann verschoben werden müsse, weil der Rat die Satzung ohne diese Angabe nicht beschließen könne. Notfalls könne der Rat den Haushalt 2025 auch im neuen Jahr beschließen.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Groote zum Ansatz für das BHKW in der Grundschule Holtermoor erklärt Bürgermeister Harders, dass die Investition erforderlich sei, um weiterhin die laufende Förderung zu erhalten.

Ratsmitglied Erhardts erkundigt sich danach, was passieren werde, wenn die für den Bau des Wasserspielplatzes am Idasee eingeplanten Zuschüsse doch nicht bewilligt werden. Bürgermeister Harders führt aus, dass die Gemeinde dann eventuell noch andere Töpfe anzapfen könne, einen größeren Eigenanteil zahlen oder auf die Umsetzung einiger Maßnahmen verzichten müsste.

Auf weitere Nachfrage nach der Instandhaltung des Wasserspielplatzes erklärt Bürgermeister Harders, dass langlebige Materialien verbaut werden. Die laufende Wartung erledige der Bauhof. Reparaturen müssten dann an Firmen vergeben werden. Einen Wartungsvertrag mit einer externen Firma hält er für zu teuer und nicht erforderlich.

Ratsmitglied Ertwiens-Buchwald erhält auf Nachfrage die Auskunft, dass der Ansatz in 2025 für den Ausbau weiterer Bushaltestellen zunächst für eine Bushaltestelle am Feldkampsweg in Langholt reserviert sei.

Zur Straßenbeleuchtung führt Herr Meyer aus, dass jetzt etwa 85% der Lampen mit LED und ca. 15% der Lampen mit Energiesparbirnen ausgestattet seien. Die Abrechnung der Stromkosten für 2024 liege noch nicht vor. Erst dann könne ermittelt werden, zu welcher Einsparung die Umrüstung der Straßenbeleuchtung geführt habe. Er weist weiterhin darauf hin, dass der im Haushaltsplan 2025 für Reparaturen an der Straßenbeleuchtung aufgeführte Ansatz von 50.000 Euro auch die Reparaturen an Leitungen, z.T. verursacht durch die Verlegung der Glasfaserkabel, beinhalte.

einstimmig empfohlen

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt einstimmig den Beschluss über die Haushaltssatzung 2025 und Haushaltsplan 2025.

zu 8. Verzicht auf Haushaltssicherungskonzept Vorlage: BV/149/2024

Frau de Boer erklärt, dass die Gemeinde entgegen der bisherigen Meinung nicht auf ein Haushaltssicherungskonzept verzichten könne. Die Gemeinde könne nicht nachweisen, dass die Fehlbeträge ursächlich durch den Ukrainekrieg entstanden seien. Daher müsse ein Haushaltssicherungskonzept erstellt werden.

In 2021 habe die Gemeinde einen Überschuss i. H. v. ca. 3 Mio. Euro ausgewiesen. Dieser Überschuss könne jetzt als Ausgleich für das Defizit in 2025 herangezogen werden.

einstimmig empfohlen

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt einstimmig, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Der Überschuss aus 2021 soll als Ausgleich für das Defizit in 2025 herangezogen werden.

zu 9. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein Einwohner vermisst in dem Haushaltsplan Ansätze für die Erschließung von Baugebieten sowie für den Verkauf von Baugrundstücken. Ihm wird erklärt, dass dieses über die Gemeinde Ostrhauderfehn-Grundstücks GmbH abgewickelt werde und daher nicht Teil des gemeindlichen Haushalts sei.

Auf erneute Anfrage eines Einwohners nach der Höhe der zukünftigen Grundsteuer erklärt Bürgermeister Harders noch einmal, dass die Gemeinde letztlich durch die Grundsteuerreform keine höheren Grundsteuereinnahmen erzielen dürfe. Wie sich die Reform jedoch bei jedem Einzelnen auswirke, sei unterschiedlich. Einige würden weniger zahlen, andere dagegen mehr. Jeder müsse die neue Festsetzung des Finanzamtes für sich selbst überprüfen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Meyer, dass die Interessenbekundung für die Grundstücke in dem Bebauungsplangebiet am Mittelweg gut laufe. Es seien viele Interessenten zu verzeichnen.

.....
Günter Harders
Bürgermeister

.....
Lars Krumpfen
Ausschussvorsitzende/r

.....
Joachim Brink
Protokollführer/in